

# Rheingauer Bote

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag. Bezugspreis: vierteljährlich Mk. 3.30, in der Geschäftsstelle abgeholt Mk. 3.10. Durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 3.30 ohne Bestellgeld.  
Verantwortlicher Schriftleiter: Karl Meier

Rüdesheimer Zeitung  
Amtliches Bekanntmachungsblatt

Fernsprecher 295.

Anzeigenpreis: 20 Bfg. für die einpaltige Zeile, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Zeile im Reklamenteil 75 Pfennig. — Bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Nachsch. Druck und Verlag:  
A. Meier's Buchdruckerei, Rüdesheim a. Rh.

Nummer 5.

Montag, den 12. Januar 1920.

44. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Bekanntmachungen.

F. B. 472. Rüdesheim, den 6. Jan. 1920.

Das Einfuhr- und Verkaufsverbot der „Metall-Arbeiter-Zeitung“ wird vom Generalkommandanten der Rheinarmee aufgehoben.

Percin,  
Rittmeister und Administrateur.

F. B. 473. Rüdesheim, den 6. Jan. 1920.

Die rumänischen Staatsangehörigen, welche sich im Rheingaukreis befinden, müssen sich bis zum 20. Januar mit ihren Papieren beim Kreisverwalter melden.

Percin,  
Rittmeister und Administrateur.

Das Quartiergeld für das 3. Marokaner-Regiment in der Zeit vom 16. 8.—17. 9. 19 kann nach den französischen Sägen und Angaben auf der Stadtkasse in Empfang genommen werden.

Rüdesheim, den 10. Januar 1920.

Der Magistrat: J. B.: Kubale.

Die nächste Mutterberatungsstunde in Rüdesheim findet am Dienstag, den 13. ds. Mts. um 2 Uhr nachmittags, im Armenhause, Oberstraße, statt.

J. B.: Kreis,  
Kreisfürsorgerin des Rheingaukreises.

Ein Posten Rindfleisch und Wurst in 1 kg Dosen zum Preise von

Rindfleisch à Dose 10.— Mk.

Blutwurst à Dose 7.— „

Leberwurst à Dose 7.50 „

ist dem Lebensmittelamt überwiesen worden.

Wegen der geringen Zahl der Dosen ist eine gleichmäßige Verteilung auf die gesamte Bevölkerung nicht möglich.

Zwecks Verteilung an die Bevölkerung werden Anmeldungen bis Mittwoch, den 14. d. Mts. auf dem Lebensmittelamt, Kellerstraße 1, entgegengenommen.

Rüdesheim, den 12. Januar 1920.

Der Magistrat: J. B.: Kubale.

## Der Friede in Kraft gesetzt.

mz. Paris, 10. Jan. Heute nachmittag 1 Uhr zehneten am Quai d'Orsay im Kabinett für auswärtige Angelegenheiten Ministerialdirektor von Simson und Freiherr von Lersner in Anwesenheit der Mitglieder des Obersten Rates das Protokoll vom 11. November. Sodann übergab Clemenceau die schriftliche Bestätigung über die Herabsetzung der Schadensersatzforderung für Scapa Flow. Damit ist der Friede in Kraft gesetzt. Clemenceau erklärte, daß noch heute abend der Befehl zur Heimsendung der deutschen Gefangenen unterschrieben wird.

Der Text des Schreibens, das Clemenceau heute nachmittag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden dem Freiherrn von Lersner übergab, hat folgenden Wortlaut:

Friedenskonferenz, Paris, 10. Jan. 1920.

Herr Präsident!

Nachdem das in der Note vom 2. November vorgesehene Protokoll von den bevollmächtigten Vertretern der deutschen Regierung unterzeichnet ist und demgemäß die Ratifikationen des Friedensvertrages von Versailles niedergelegt sind, ergreifen die alliierten und assoziierten Mächte die Gelegenheit, der deutschen Regierung zu wiederholen, daß sie, obgleich sie die Wiedergutmachung für die versenkten Schiffe von Scapa Flow ausrecht

erhalten, nicht die Absicht haben, die wirtschaftlichen Lebensinteressen Deutschlands zu beeinträchtigen. Sie bestätigen diesbezüglich durch gegenwärtiges Schreiben die Erklärungen, die der Generalsekretär der Friedenskonferenz am 23. Dezember dem Präsidenten der deutschen Delegation mündlich abgegeben hat. Diese Erklärungen sind folgende:

1. Der Generalsekretär ist durch den Obersten Rat ermächtigt worden, der deutschen Delegation zu versichern, daß die interalliierte Kontrollkommission und die Wiedergutmachungskommission sich mit größter Sorgfalt an die in der Note vom 8. Dezember bezüglich der Wahrung der wirtschaftlichen Lebensinteressen Deutschlands enthaltenen Zusicherungen halten werden.

2. Die Sachverständigen der alliierten und assoziierten Mächte sind in der Erwägung, daß ein Teil der Erhebungen, auf die sie ihre Forderung von 400 000 Tonnen Schwimmdocks, schwimmenden Kränen, Schleppern und Baggern gestützt haben, in gewissen Einzelheiten ungenau sein könnten, der Ansicht, daß ihnen bezüglich der in Hamburg befindlichen 80 000 Tonnen Schwimmdocks ein Irrtum unterlaufen sein könnte. Wenn die Untersuchungen, zu denen die interalliierte Kontrollkommission schreiten wird, erweisen werden, daß wirklich ein Irrtum vorgekommen ist, so sind die alliierten und assoziierten Mächte bereit, die Forderung entsprechend herabzusetzen, derart, daß sie auf 300 000 Tonnen in runder Zahl oder sogar darunter gehen werden, wenn die Notwendigkeit der Herabsetzung durch zwingende Gründe erwiesen wird. Den bevollmächtigten Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte müssen dabei alle Erleichterungen gewährt werden, um ihnen zu gestatten, die erforderlichen Erhebungen zur Nachprüfung der deutschen Angaben zu machen, bevor irgendwelche Herabsetzung bei der allgemeinen Forderung durch die alliierten und assoziierten Mächte gestattet werden kann.

3. Die alliierten und assoziierten Regierungen sind, indem sie sich auf den letzten Paragraphen des Schreibens, das ihre Antwort enthält, beziehen, nicht der Meinung, daß die Versenkung der deutschen Schiffe in Scapa Flow an sich ein Kriegsverbrechen sei, für das Artikel 228 des Friedensvertrages persönliche Strafen vorsieht. Andererseits bemerken die alliierten und assoziierten Mächte, daß sie, die wirtschaftlichen Lebensinteressen Deutschlands nicht außer acht lassend, eine Forderung auf 400 000 Tonnen gestellt haben eine Forderung, die auf einem von ihnen aufgestellten Inventar beruht. Die deutschen Sachverständigen haben ein Verzeichnis abgeliefert, das eine kleinere Ziffer enthält und das noch nachgeprüft werden wird. Demgemäß werden von den 400 000 Tonnen schwimmender Docks, schwimmender Kräne, Schlepper und Bagger, deren Ablieferung die Alliierten verlangen, alle Schwimmdocks abgezogen, die nach der Überprüfung als aus Irrtum in den Verzeichnissen der Alliierten stehend anerkannt werden, und die daher nicht bestehen. Immerhin wird diese Herabsetzung 125 000 Tonnen nicht überschreiten. Die alliierten und assoziierten Mächte fügen bei, daß die 192 000 Tonnen, deren Ablieferung von der deutschen Regierung vorgeschlagen wurde und deren Verzeichnis der Sachverständigenkommission abgeliefert wurde, sofort abzuliefern sind. Für die zuerst abzuliefernde Tonnage, wie sie von der Wiedergutmachungskommission bestimmt werden wird, wird der deutschen Regierung eine Frist gewährt. Die Ablieferung der Gesamttonnengezahl darf aber 30 Monate nicht übersteigen.

Genehmigen Sie... (gez.) Georges Clemenceau.

\*

mz. Berlin, 12. Jan. Der Nationalversammlung sind nunmehr die Verordnungen der Hohen alliierten Rheinlandkommission zugegangen, welche die Befugnisse der Besatzungsbehörde in den besetzten Gebieten betreffen. Bezüglich der Presse wird bestimmt, daß Zeitungen, Druckschriften, Reproduktionen, Bilder, Noten mit Text und Films, wenn die öffentliche Ordnung gefährdet oder die Sicherheit oder das Ansehen der hohen Kommission oder der Besatzungsgruppen beeinträchtigt, verboten oder beschlagnahmt werden können. Den Tageszeitungen kann das Erscheinen ganz oder auf die Dauer von drei Tagen bis drei Monaten verboten werden. Die Verfasser beanstandeter Veröffentlichungen, Eigentümer und Herausgeber von Zeitungen können vor die zuständigen Gerichte gezogen werden. Der Verkauf und der Vertrieb solcher Veröffentlichungen sind strafbar und die betreffenden Geschäfte können für drei Tage bis zu drei Monaten geschlossen werden.

mz. Berlin, 12. Jan. Aus den Verordnungen der Hohen interalliierten Rheinlandkommission sind folgende Bestimmungen hervorzuhoben:

Die Verordnungen der Hohen Kommission haben die Gesetzeskraft mit ihrer Veröffentlichung. Deutsche Beamte, die den Veröffentlichungen zuwider handeln, können ihres Amtes zeitweilig oder dauernd enthoben werden. Jedermann muß den Befehlen der militärischen Besatzungsbehörden gehorchen. Die deutschen Befehle sind von der Hohen Kommission darauf zu prüfen, ob sie der Sicherheit, dem Unterhalt oder den Bedürfnissen der Besatzungsgruppen abträglich sind, und können gegebenenfalls abgeändert werden. Bei ein Verbrechen gegen Personen oder Eigentum der bewaffneten Streitkräfte der Alliierten begeht, kann der alliierten Militärgerichtsbarkeit unterworfen werden. Die Mitglieder der Kommission und ihre Familien und das Personal sind immun. Die deutschen Behörden haben in dem besetzten und unbefetzten Gebiet auf Wunsch jedes hierzu ermächtigten Offiziers der Besatzungsarmee diejenigen Personen zu verhaften, die eines Verbrechens angeklagt sind, welches der alliierten Militärgerichtsbarkeit untersteht. Die Zuständigkeit der Militärgerichte wird von der Kommission bestimmt. Alle Beamten sind zu der Vollstreckung der Verordnung bestimmt. Freiheitsstrafen werden grundsätzlich in deutschen Gefängnissen vollstreckt. Die deutschen Gerichte bleiben in Tätigkeit. Doch kann die Kommission Sachen oder Kreise von Sachen bestimmen, welche besonderen Gerichten der Hohen Kommission zu überweisen sind. Wegen Urteile deutscher Gerichte ist Berufung an die Gerichte der Hohen Kommission möglich. Zuwiderhandlungen gegen Verordnungen werden mit Geldstrafen bis zu 10 000 Mark und mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit einer dieser Strafen belegt. Besondere Strafen sind vorgesehen für Gewalttätigkeiten, Anfechtung gegen die Ausführungen der Befehle gegenüber Angehörigen der alliierten Armeen, für materielle, den Alliierten nachteilige Schäden und für Beleidigungen durch Worte oder Gebärden und Haltung gegenüber den Mitgliedern der Kommission oder deren Fahnen und Emblemen. Alle Deutschen in Uniform, auch die Polizei, das Feuerwehrcorps, Zoll- und Forstbeamte müssen die Fahnen der alliierten Mächte grüßen. Jedermann über 14 Jahre muß mit einer Ausweisarte versehen sein. Die Exzesse aus dem unbefetzten Deutschland ist nur mit einer Ausweisarte gestattet. Alle verdächtigen Briefsendungen oder Mitteilungen können der Hohen Kommission ausgeliefert werden. Die Telegraphen- und Telefonverbindungen mit dem unbefetzten Deutschland dürfen nur durch die Beamter vermittelt werden, deren Listen der Kommission mitgeteilt worden sind. Politische Versammlungen müssen 48 Stunden vor dem anberaumten Termin angezeigt werden. Ausführliche Bestimmungen über den Besitz und Handel mit Waffen und Munition werden noch bekannt gegeben. Im Falle von Streitigkeiten über gewerbliche Arbeitsverhältnisse, insbesondere bei Ausständen der Eisenbahn, Telegraph, Post, Kohlenbergwerke, Schifffahrt, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke treten die Vorschriften des dem Friedensvertrag angehängten Abkommens in Kraft. Solche Ausstände dürfen nicht begonnen werden, bevor die gesetzliche Schlichtungsinstanz angerufen worden ist. Auch Ausstände in anderen Unternehmungen können verboten werden.

mz. Paris, 10. Jan. Der Oberste Rat trat gestern Vormittag 11.30 Uhr unter dem Vorsitz Clemenceaus im Ministerium des Äußeren zusammen. Der Konferenz wohnten bei: Lloyd George, Lord Curzon und Bonar Law für Großbritannien, Ritti und Scialoja für Italien, Der Generalsekretär der Konferenz, Dutasta, erstattete Bericht über die Besprechungen, die er mit dem Chef der

deutschen Delegation, v. Versner, gehabt hatte, um ihn in Kenntnis zu setzen über die Anordnungen, die von der Kommission für Schleswig getroffen worden sind, und die nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages durchgeführt werden sollen. Der Rat beschloß alsdann, daß die Kosten der Kontrollkommission der Rheinlande von Deutschland zu tragen sind, ebenso wie diejenigen der Besatzungstruppen. Hierauf beschäftigte sich der Oberste Rat mit dem Zusammentritt des Vollzugsrats des Völkerbundes. Dieser Zusammentritt ist vom Unterhaus auf die Einberufung durch den Präsidenten Wilson hin vorgesehen. Das Datum wird später festgesetzt werden. Nach Schluß dieser Sitzung des Obersten Rates hielten Lloyd George, Lord Curzon und Bonar Law für England, Nitti und Scialoja für Italien, Hughes und Wallace für die Vereinigten Staaten, Mattoni für Japan, Clemenceau, Dutasta und Bertheloth für Frankreich eine geheime Sitzung ab, in der die Frage von Fiume behandelt wurde. Der Oberste Rat wird neuerdings heute Vormittag 11.30 Uhr zusammenreten.

## Heimkehr der Gefangenen.

Berlin, 10. Jan. Der Minister Loucheur und der Generalsekretär Dutasta erklärten dem Freiherrn von Versner auf Anfrage, daß alle Vorbereitungen für die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen in eingehender Weise getroffen seien, und daß der Abtransport am Tage der Inkraftsetzung des Friedensvertrages sofort beginnen werde. Der gesamte Heimtransport aller Gefangenen dürfte ohne Unterbrechung aufs schnellste durchgeführt werden.

\*

Köln, 10. Jan. Die Reichsstelle Köln für Kriegsgefangenenrückkehr schreibt:

„Nach Mitteilung des französischen Oberkommandos in Mainz beginnt zwei Tage nach der Ratifizierung des Friedens der Abtransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich und zwar werden zunächst die im besetzten Gebiet Heimateten zurückgeführt werden. Die Gefangenen kommen in Sonderzügen in die Durchgangslager Worms, Griesheim, Düren, Jülich und Eschweiler bei Aachen und zwar in jedes Lager voraussichtlich täglich ein Zug mit etwa tausend Mann. Die beiden ersten Lager bestehen bereits, die drei letzteren sind in wenigen Tagen unter Leitung der Reichsstelle Köln für Kriegsgefangenenrückkehr behelfsmäßig eingerichtet worden. Die Gefangenen bleiben in diesen Lagern 48 Stunden zur Einkleidung und Ausstellung ihrer Papiere. Sie dürfen während dieser Zeit die Lager nicht verlassen. Es ist ihnen erlaubt, aus dem Lager an ihre Angehörigen Postkarten mit Ankunftsbenachrichtigung abzuschicken. Ein förmlicher Empfang in den Lagern und gemeinsame Kundgebungen, sowohl seitens der Kriegsgefangenen wie seitens der Bevölkerung auf den Straßen oder den zu durchfahrenden Bahnstrecken, Ausschmückung der Bahnhöfe sind untersagt. Die Rückkehr der Gefangenen darf nur im Kreise der Angehörigen innerhalb des Hauses festlich begangen werden. Jeder politische Anstrich muß ausgeschlossen sein. Der Abtransport aus den genannten Lagern erfolgt nach Möglichkeit in besonderen Transportzügen oder in Zügen des öffentlichen Verkehrs. Im Anschluß an die Rheinländer folgen die übrigen deutschen Gefangenen. Diese fahren durch das besetzte Gebiet unmittelbar in die Durchgangslager des unbesetzten Gebiets, von wo sie entlassen werden.“

## Die Polen kaufen Waffen in Deutschland

Paris, 7. Jan. Die polnische Friedensdelegation wird beim Obersten Rat die Erlaubnis nachsuchen, Kriegsmaterial in Deutschland kaufen zu dürfen.

## Englische Geesessziffern aus dem Kriege

London, 10. Jan. Aus amtlichen Ziffern geht hervor, daß vom 1. August 1914 bis 11. November 1918 über 8 Millionen Mann in das englische Heer eingestellt wurden. Von den Verbündeten übertrug nur Frankreich diese Ziffer. Die Vereinigten Staaten stellten insgesamt etwa 2 Millionen Mann auf. Die Engländer hatten 851 117 Tote, 142 055 Vermißte und Gefangene und 2 077 442 Verwundete.

## Eine englische Anerkennung

Amsterdam, 10. Jan. Die englischen Blätter melden: In London fand eine Sitzung der chemischen Industriellen statt, bei der klargestellt wurde, wie eifrig die Deutschen die wissenschaftlichen Methoden ertornt und angewandt haben. Die deutschen chemischen Werke mußten beinahe den gesamten Vorkriegsbedarf an Farbstoffen decken. Großbritannien, die Schweiz und Amerika, sogar Frankreich machten alle Anstrengungen, um nicht nur den eigenen Bedarf für die chemische Industrie zu decken, sondern um sich auch einen einträglichen Ausführhandel zu schaffen.

## Die neuen Steuern.

Berlin, 10. Jan. Die „Börs. Ztg.“ veröffentlicht die Grundzüge der Gesetzentwürfe über die Ubergangssteuern und die Besteuerung des außerordentlichen Verbrauchs. Nach dem ersteren ist steuerbar der Teil des Einkommens, der nicht verbraucht ist, und der Teil der Einkünfte oder des Vermögens, der zum außerordentlichen Verbrauch bestimmt ist. Steuerpflichtig ist der den

Betrag von 1000 Mark übersteigende Teil des Einkommens, der nicht verbraucht ist. Der steuerfreie Teil erhöht sich für die erste zum Haushalt des Steuerpflichtigen zählende Person um 500 Mark, jede weitere Person um 300 Mark. Die Ergänzungssteuer beträgt für die ersten 10 000 Mark 1 vom Hundert, für die vollen 20 000 Mark 2 vom Hundert, für 30 000 Mark 3 v. H. und steigt entsprechend bis für die Beträge von 100 000 Mark auf 10 v. H. Als außerordentlicher Verbrauch für die Besteuerung gilt der Unterschied zwischen dem Gesamtverbrauch und dem Betrag, der als Aufwendung zum außerordentlichen Verbrauch anzusehen ist. Gesamtverbrauch sind das gesamte veranlagte Einkommen und alles, was an dem Vermögen verbraucht oder zu Schenkungen und sonstigem unentgeltlichen Vermögen übergeben oder zur Anschaffung von Gegenständen entnommen ist, die für die Ergänzungssteuer nicht berücksichtigt werden. Als Aufwendungen für den außerordentlichen Verbrauch gilt der Betrag von 15 000 Mark, der sich für die erste zum Haushalt zählende Person um 5000 Mark, um jede weitere um 2500 Mark erhöht, ferner 10 v. H. des veranlagten Einkommens und ferner für Beträge, die zur Deckung für die ersten 10 000 Mark 3 v. H., für die nächsten 20 000 Mark 6 v. H., für die nächsten 30 000 Mark 9 v. H. betragen und steigt weiter bis für Beträge für 100 000 Mark auf 30 v. H. Das Reichseinkommensteuergesetz soll ergänzt werden durch das Körperschaftsteuergesetz, das die Einkommensteuer der juristischen Personen regeln solle.

\*

Die Anleihegedächtnis 1919 für das Reich ist soeben vom Reichsfinanzminister veröffentlicht worden. Der Gesamtbetrag der Anleihekredite belief sich nach der Denkschrift 1918 auf 141 457 500 000 M. Er hat sich erhöht auf 178 329 000 000 M. Am 30. September 1919 betrug das gesamte auf Grund dieses Anleihekredits begebene Schuldkapital 1 064 962 500 000 M. Von den Schuldverschreibungen im Gesamtbetrag von 79 508 500 000 M. waren am 30. September 1919 nur 19 070 000 000 M. gleich 24 v. H., in das Reichsschuldenbuch eingetragen.

## Die Eisenbahnerbewegung.

mz. Frankfurt a. M., 10. Jan. Wie der Präsident der Eisenbahndirektion Frankfurt a. M., Dr. Stapf, amtlich mitteilt, ist den Werkstättenarbeitern in Frankfurt a. M. und Nied amtlich bekannt gegeben worden, daß der Stundenlohn für den gelernten Arbeiter künftig 3.50 Mark betragen soll. Es besteht hiernach auch kein Zweifel, daß die Lohnsätze der übrigen Arbeiter im Gesamtrahmen des abzuschließenden Tarifvertrages ebenfalls entsprechende erhebliche Erhöhungen erfahren werden. Auch den Beamten will die Regierung in weitgehendem Umfang entgegenkommen. Man setzt sich im Arbeitsministerium für eine sehr wesentliche Erhöhung der Teuerungszulagen mit allem Nachdruck ein. Die Erhöhung wird mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr als 100 Prozent betragen. Ein Beschluß des Staatsministeriums ist in Kürze zu erwarten. — Nachdem die Regierung in so weitgehendem Maße den festen Willen betätigt hat, den Arbeitern und Beamten wirksam zu helfen, muß andererseits nunmehr von allen Eisenbahnern nachdrücklich gefordert werden, daß auch sie ihre Pflicht und Schuldigkeit in vollem Umfang tun.

mz. Köln, 10. Jan. Die Eisenbahndirektion Köln teilt mit, daß man im linksrheinischen Gebiet keine wesentliche Störung im Eisenbahnverkehr erwartet. Die bewilligten Lohnforderungen wurden allen Arbeitern telegraphisch bekanntgegeben. Es werde sich also herausstellen, ob wirklich nur Lohnforderungen Anlaß der Bewegung sind. Für den Stadtkreis Köln wurde den Eisenbahnhandwerkern ein Stundenlohn von 3.50 Mark gewährt.

mz. Düsseldorf, 10. Jan. Der Schnellzugverkehr Berlin—Köln wird bisher durch Umleitung der Züge durch das besetzte Gebiet teilweise aufrechterhalten, jedoch noch Verbindungen zwischen Berlin und Westdeutschland bestehen. Jede Verbindung Düsseldorfs, wo der Eisenbahnverkehr völlig ruht, mit dem Industriegebiet war gestern unterbrochen. Die Lebensmittelversorgung Düsseldorfs ist bei längerem Anhalten des Streiks bedroht.

mz. Essen, 10. Jan. Der Ausstand der Eisenbahnarbeiter im hiesigen Bezirk dehnt sich weiter aus. Auf dem Bahnhof Mülheim a. d. Ruhr wird teilweise gestreikt, jedoch ist der durchgehende Verkehr noch nicht lahmgelegt. Auf dem Dortmunder Hauptbahnhof sind sämtliche Arbeiter ausständig. Der Betrieb wird notdürftig aufrechterhalten: auf der Strecke Dortmund—Unna-Damm. Infolge der Ausdehnung des Streiks im Elberfelder Bezirk ist der Zugverkehr zwischen Elberfeld und Hagen völlig unterbrochen.

mz. Dortmund, 10. Jan. Hier verschärfte sich die Lage im Eisenbahnstreik. Sämtliche Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten, etwa 3000, streikten. Auch auf der Güterabfertigung des Hauptbahnhofs sind sämtliche Arbeiter ausständig. Der Güterverkehr kann nur in ganz geringem Umfang aufrecht erhalten werden. Der Bahnverkehr erfuhr bis jetzt nur wenig Einschränkungen.

## Keine Verkehrssperre.

mz. Berlin, 10. Jan. Aus dem Reichsverkehrsministerium wird gemeldet: Die immer wieder auftretende Nachricht, die Regierung beabsichtige, demnächst erneut wie im November des Vorjahres den Personenzugverkehr auf einige Zeit völlig zu sperren, gibt Veranlassung zu folgender Mitteilung: Es besteht zur Zeit kein unmittelbarer Anlaß zu einem solchen das gesamte Erwerbsleben sowie die Eisenbahn finanziell schwer schädigenden Eingriff. Im Anschluß an die November-sperre wurde der Personenzugverkehr gegenüber dem für den Winter vorgesehenen Plan erheblich eingeschränkt. Diese Anordnung genügte zusammen mit anderen Maßnahmen, so namentlich mit einer stärkeren planmäßigen Heranziehung der Schiffsahrt, den Betrieb so flüssig zu halten, daß lebenswichtige Güter wie Kohlen, Getreide und Kartoffeln im allgemeinen glatt befördert werden konnten. Bezüglich der Kohlen kommt dies klar zum Ausdruck dadurch, daß die Kohlenbestände in den großen Kohlenrevieren seit dem 1. November des Vorjahres um 600 000 Tonnen zurückgegangen sind. Die Leistung der Eisenbahn überschreitet also die Förderungsleistungen der Zechen, und eine Steigerung der Eisenbahnleistungen könnte heute den Verbrauchern keine größeren Kohlenmengen zuführen. Auch den Anforderungen hinsichtlich der Lebensmitteltransporte konnte die Eisenbahn gerecht werden. Es ist zuzugeben, daß die Betriebslage auch heute noch recht schwierig ist und daß langes Frostwetter oder Streiks zu erhöhten Störungen führen könnten. Weiter tritt eine Erschwerung der Betriebslage mit der Ratifikation des Friedens insofern ein, als Truppentransporte nach den Abstimmungsgebieten durchzuführen sind und sich die Eisenbahnen auf die Erfüllung der nationalen Ehrenpflicht einrichten müssen, die uns nun endlich freizugehenden Gefangenen möglichst rasch der Heimat zuzuführen. Auch die Beförderung der Wähler nach den Abstimmungsgebieten wird die Leistungsfähigkeit der Eisenbahn nicht unerheblich in Anspruch nehmen. Die Masse der hierdurch eintretenden Mehrbelastung der Eisenbahn läßt sich heute noch nicht übersehen. Ist sie nicht allzugroß und trifft die Mehrbelastung nicht zusammen mit Betriebsstörungen der eben bezeichneten Art, so wird sich die Regierung gewiß nicht zu der Einstellung des Personenzugverkehrs entschließen.

Demnächst werden im Reichswirtschaftsministerium geplante Besprechungen mit Vertretern der Landwirtschaft stattfinden, in welchen die in einer Denkschrift des Reichsausschusses für Landwirtschaft niedergelegten Wünsche betreffend den Abbau der Zwangswirtschaft für landwirtschaftliche Erzeugnisse erörtert werden sollen. Das Reichswirtschaftsministerium steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine alsbaldige Aufhebung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Ernährungswezens nicht möglich ist. Wohl aber ist eine Milderung der jetzigen Zwangswirtschaft möglich. Vielleicht wird ein Weg durch die Organisation von Einkaufsgenossenschaften gefunden werden, die bei möglichst weitgehender freihändiger Erfassung der Lebensmittelvorräte gleichzeitig eine Erzeuger und Verbraucher zufriedenstellende

Berlin, 7. Jan. Das preussische Staatsministerium hat zur ersten Hilfe für die überschwemmten Gebiete am Rhein und dessen Nebenflüssen einen größeren Betrag aus dem Dispositionsfonds zur sofortigen Ausschaltung an die beteiligten Provinzialbehörden angewiesen. Entsprechend dem Verfahren bei früheren Hochwasserkatastrophen wird ferner der Landesversammlung ein Entwurf der Staatsregierung zugehen, der eine weitgehende Hilfeleistung vorsieht.

München, 9. Jan. Der aus allen Teilen Bayerns stark besuchte Landesparteitag der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) hat gestern in München mit überwältigender Mehrheit nach einem Vortrag Dr. Heims die sofortige Lösung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichstagszentrum, also den Austritt aus der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung, beschlossen, und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, daß Erzbergers Stuttgarter Rede mit der Forderung des Einheitsstaates dem Faschismus den Boden angeschlagen habe. Der Einheitsstaat wurde einstimmig abgelehnt und mit großer Mehrheit wurde weiterhin beschlossen, den Parteitag des Zentrums nicht zu beistimmen.

Stuttgart, 10. Jan. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, waren vorgestern und gestern im Landtagsgebäude Besprechungen des Reichswirtschaftsministers mit den Ministern von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen über wirtschaftliche Fragen. Der Reichswirtschaftsminister gab zunächst einen Überblick über die gesamte wirtschaftliche Lage. Bezüglich der Ernährung ist der Minister der Ansicht, daß zunächst die Wirkung der eben in Kraft gesetzten Lieferungsprämien abgewartet werden müsse. Zu übertriebenen Befürchtungen liege trotz des Ernstes der Lage kein Grund vor. Wenn die Prämien nicht die erhoffte Wirkung hätten, würden rechtzeitig Maßnahmen getroffen, wobei in erster Linie die Herabsetzung der Ration und die Erhöhung des Ausmaßes, daneben aber auch in den nötigen Grenzen eine Steigerung der Ein-

fuhr in Betracht komme. Nachdem der Minister die Lage in der Textilindustrie, die Notwendigkeit der Unterbindung der wilden Preistreiberi und des Schleichhandels, die bedauerlichen Verhältnisse auf dem Häute- und Ledermarkt, die ein Eingreifen forderten, wenn auch eine Rückkehr zur Zwangswirtschaft nicht mehr möglich sei, besprochen hatte, führte er an Hand von Zahlen aus, daß die Klagen Süddeutschlands über Benachteiligung in der Kohlenlieferung nicht begründet seien. Die Klagen über mangelhafte Lieferung seien im ganzen Reiche und auf den Ausfall des Saargebietes sowie die geringere Förderung in den verbliebenen Kohlengebieten zurückzuführen. Die Reichsregierung wende diesen Fragen volle Aufmerksamkeit zu durch eine großzügige Regelung der Wohnungs- und Unterbringungsverhältnisse der Bergarbeiter in den Bergmannsheimstätten. Schließlich besprach der Minister die Frage der Aus- und Einfuhr, insbesondere des Ausverkaufs Deutschlands, dem durch Verschärfung der Ausführüberwachung und Preisprüfung durch Selbstverwaltungskörper begegnet werden solle, sowie die Valutafragen. In der Ernährungsfrage wurde von den süddeutschen Regierungsvertretern die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch Bereitstellung von Düngemitteln und eine gerechte Verteilung der Meile aus den Beständen der Reichsgetreidestelle gewünscht, was der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums in weitestem Maße zu berücksichtigen versprach. Für die Heraushebung des Preises für Pflichthafer konnte sich der Minister nicht erwärmen, doch wird die Frage erneut geprüft. Besprochen wurden auch die Prämien für die Kartoffelabnehmer und die Verwendung von Gerste bei selbstwirtschaftenden kommunalen Verbänden zur Brotbackung. Bezüglich der Kohlenförderung und -Verzehrung wurden von den süddeutschen Vertretern die Mittel zur Hebung dieser Förderung und die Wege für eine gleichmäßige Verteilung der Kohlen auf alle Gebiete des Reiches besprochen und eine Zuziehung der Landesbrennstoffämter bei der Verteilung der Industrie- und Hausbrandkohle verlangt, ebenso eine Prüfung der Wasserfrachten, die durch ihr ständiges Steigen die süddeutsche Industrie in unerträglichem Maße belasten. In Anbetracht der Wichtigkeit der Beförderungsförderung wurde die Wiederholung der Personenzugfrage von 10 bis 14 Tagen erörtert und gefordert, daß der Personenzugverkehr an Sonntagen im ganzen Reiche eingestellt wird.

#### Die Notwendigkeit eines Systemwechsels in Oesterreich

Wien, 9. Jan. Der führende christlich-soziale Abgeordnete Universitätsprofessor Seipel sagte in einer Wählerversammlung, daß im Laufe dieses Jahres in der Verwaltung Oesterreichs ein völliger Systemwechsel eintreten müsse, da die sozialdemokratischen Gedanken sich nicht bewährten. Die Zukunft Oesterreichs müßte nach gut bürgerlichen Gedanken auf neuen politischen und wirtschaftlichen Grundlagen aufgebaut werden, wobei der christlich-sozialen ein größerer Einfluß als bisher zu sichern sei. Dann werde auch der Aschenbrödelprozeß der Länder aufhören. Die christlich-soziale Partei solle sich zum Kampfe vorbereiten.

### Bermischte Nachrichten.

\* **Rüdesheim, 12. Jan.** Für die hiesige Bürgermeisterei haben sich 89 Bewerber gemeldet. Der Termin zur Bewerbung war am 31. Dezember 1919 abgelaufen.

\* **Rüdesheim, 12. Jan.** Von der Regierung zu Wiesbaden wurden die zu Beigeordneten unserer Stadt gewählten Herren Heintz, Broggitter und Aug. Holstein bestätigt.

\* **Rüdesheim, 12. Jan.** (Erweiterter Zugverkehr.) Ab Sonntag, den 11. Januar verkehren neue Züge zwischen Wiesbaden und Rüdesheim und zwar:

Zug 1013	Wiesbaden ab	2.10
	R.-Walluf	2.34
	Eltvile	2.41
	Hattenheim	2.53
	Deitrich-Winkel	3.01
	Rüdesheim an	3.17

Zug 1014	Rüdesheim ab	5.53
	Deitrich-Winkel	6.09
	Hattenheim	6.16
	Eltvile	6.28
	R.-Walluf	6.35
	Wiesbaden an	7.00

Die Personenzüge Nr. 1130 Niederlahnstein ab 5.40 vorm. Rüdesheim an 7.33, Nr. 1008 Niederlahnstein ab 2.30 nachm. Rüdesheim an 4.26, Nr. 1007 Rüdesheim ab 8.14 vorm. Niederlahnstein an 10.03, Nr. 1015 Rüdesheim ab 7.19 abends Niederlahnstein an 9.06 verkehren Sonn- und Feiertags als Triebwagenfahrten.

\* **Rüdesheim, 12. Jan.** Die Bestimmung, daß in die seit 1. Januar eingeführten Einklopfete (Päckchen) briefliche Mitteilungen eingelegt werden dürfen, trifft für das besetzte Gebiet nicht zu. Päckchen und Postpakete innerhalb des besetzten Gebiets und zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland dürfen keinerlei schriftliche Mitteilungen enthalten.

\* **Rüdesheim, 12. Jan.** Es ist wiederum eine recht gelungene Nummer, diese Nummer 85, womit

der „Rhein im Bild“ das neue Jahr eröffnet. Das von Herrn Architekt Tolles in einem mit sinnreichen Bildern illustrierten Artikel über die gotische Plastik am Mittelrhein dürfte bei den zahlreichen Kunstfreunden unserer Stadt ebenso beifällig aufgenommen werden wie die vorangehenden Erläuterungen dieses gelehrten Fachmannes über ähnliche Themen. „Nach dem Sturm“ betitelt sich ein anderer Artikel, der die hiesigen Handelsverhältnisse in ihrer Entwicklung seit Beginn der französischen Besetzung in sehr flotter, aber auch in sehr prägnanter Weise veranschaulicht. Wie immer sind die Musikfreunde auch bedacht worden, denn sie werden in dieser Nummer einen ebenso interessanten wie inhaltreichen Aufsatz von dem berühmten Chopininterpreten, Raoul und Rocjalski, über „die deutsche Musik der Gegenwart“ (Richard Strauß, Max Reger) finden. Es sei noch auf die kurze sinnreiche Reise-notiz eines „Vorurteilslosen“ sowie auf die recht zeitgemäßen Bilder dieser Zeitschrift hingewiesen.

**K.-W.-A. Rüdesheim, 12. Jan.** Die Reichsregierung hat laut der erschienenen Bekanntmachung des Kreiswirtschaftsamtes bestimmt, daß jedem Kartoffelerzeuger der 50 Prozent seines Ablieferungsfolls erfüllt hat, für jeden weiter abgelieferten Zentner Kartoffeln eine nach dem Maße der Ablieferung steigende Prämie erhält. Kartoffelerzeuger haben nach Abzug ihres Eigenbedarfs von 5 Zentnern auf den Kopf für die eigene Ernährung, 10 Zentner Saatgut je Morgen entsprechend der vorjährigen Anbaufläche und außerdem 10 Prozent (nicht 20 Prozent) der Gesamternte als Schwund-Reserve und Verfütterungsmengen, für jeden Zentner weiter abgelieferte Kartoffeln Anspruch auf die entsprechende Prämie d. h. also die Prämie steht ihnen zu, wenn sie mehr als die Hälfte der aus ihrer Ernte errechneten Ueberschüsse für die Allgemein-Versorgung auf ordnungsmäßigem Wege d. h. an Gemeinden oder auf Bezugsheime an Versorgungsberechtigte abgeben haben. Anträge hierauf sind bis zum 10. Februar d. Js. dem zuständigen Bürgermeisteramt zur Prüfung vorzulegen. In Anbetracht der außerordentlichen Kartoffelknappheit wird nunmehr erwartet, daß zu dem jetzigen angemessenen Preise jede entbehrliche Kartoffel für die Allgemeinversorgung abgeliefert wird.

**Bingen, 9. Jan.** Die Polizei nahm einen Betrüger fest, der unter dem Vorgeben, aus französischer Gefangenschaft geflohen zu sein, das Mitleid hiesiger Bürger erregte, die ihm höhere Geldbeträge aushändigten, damit er über die Grenze gelangen könnte. Der geriebene Durche wußte die Geldgeber fortgesetzt in Atem zu halten, indem er vorgab, es gelänge ihm trotz wiederholter Anstrengungen nicht, ungeschoren über die Grenze zu gelangen, weil ihm einmal „ein altes Weib“ und dann „ein untreuer Kamerad“ den Franzosen verraten hätte. Die Polizei, die sich des Mannes annahm, stellte alsbald fest, daß der Gauner ein seit 1917 aus dem Heeresdienst entlassener Betrüger ist, der seit Monaten im Hundsrück und Rheinland sein Unwesen treibt und mit den erschwindelten Geldern lustig lebte. Aus dieser Sache sollte man die Lehre ziehen, nicht leichtgläubig jedem Bettler fortzuhelfen.

**St. Goarshausen, 8. Jan.** Hans Sachsens Kunst in Ehren. In Wellmich wurde ein Schuhmachersohn zum Bürgermeister gewählt, sein Stellvertreter wurde ein Schuhmacher, und sämtliche Gemeinderäte sind Schuhmacher. Die Zahl der Schuhmacher und der Gemeindevorstände, die zu vergeben waren, deckte sich dabei vollständig. Nun wird Wellmich bald „in den allerbesten Schuhen stehen“, wie man zu sagen pflegt.

**Mainz, 9. Jan.** Die Warenbörse war sehr gut besucht, insbesondere war auch die Lederbranche stark vertreten. In Landesprodukten war Hafer fest; die Zufuhren aus Norddeutschland sind immer noch gering. Kleesaaten sind sehr gesucht und fest; das Angebot ist gering. Futterrüben und sonstige Futtermittel sind unverändert. In Textilwaren war große Nachfrage aber sehr wenig angeboten.

**Höchst, 9. Jan.** Das Ausbleiben der schon seit vielen Tagen erwarteten Kohle hat nun auch die Mainkraftwerke gezwungen, den Betrieb tagsüber stillzulegen, um wenigstens in der Lage zu sein, in den Abendstunden, soweit es möglich ist, etwas Strom für die Beleuchtung zu liefern. Für die lebenswichtigen Betriebe unserer Stadt — Krankenhaus, Bahnhof, Gaswerk, Bäckereien und Zeitungsdruckerei — ist der tagsüber notwendige Strom bis jetzt sichergestellt.

**Frankfurt, 9. Jan.** (Wiedereinstellung von Luxusjügen) Die ab nächste Woche verkehrenden Luxuszüge Holland—Schweiz über Emmerich—Siegen—Gießen—Frankfurt—Basel und umgekehrt fahren nur eine Klasse und werden ausschließlich durch unbesetztes Gebiet geleitet, so daß keinerlei Durchreisewahrscheinlichkeiten oder Gepäckrevisionen unterwegs in Frage kommen. Der Fahrpreis Basel—Emmerich

beträgt 393.50 Mk., nach dem heutigen Kurs also noch nicht einmal 45 Franken.

**Limburg, 11. Jan.** Das hiesige Zentrumblatt, der „Rasauer Bote“, veröffentlicht mehrere Artikel über das Recht der Kirche auf die Schule. Der ganzen Aufmachung nach stammen diese Artikel von maßgebender Seite. In der Einleitung heißt es:

„Im Kampfe der Geister um die Kulturgüter und die geistigen Werte unserer Zeit steht nach meiner Meinung das jetzige Geschlecht nicht so groß da, als wie unsere Vorfahren vor 50 Jahren. Diese waren mehr Männer fester Grundsätze; sie waren prinzipienfester und prinzipientreuer. Es mag an der Eigenart der derzeitigen parlamentarischen Verhandlungen und Kämpfe liegen, wenn man heute die Prinzipien (Grundsätze) der Parteien nicht immer so fest betont, die rechtliche Seite der jeweiligen Fragen nicht so klar und scharf herausarbeitet wie früher. Es fehlt das Verständnis dafür und insolgedessen das Interesse. Die Mehrzahl der Parlamentarier ist für diese Dinge nicht genug ausgebildet; es sind zu wenig tüchtige Köpfe in den Parlamenten. Diese gehen grundlegenden Fragen und Debatten gern aus dem Wege. Man begnügt sich mit kleineren taktischen Erfolgen. Ein Beispiel! In der Nationalversammlung handelte es sich um die prinzipielle Frage: Soll in Deutschen Reiche die Konfessionsschule oder die Simultanschule herrschen? Die Mehrzahl stimmte natürlich von vornherein für die Simultanschule. Und das Zentrum? Es gibt sich alle Mühe, daß die Konfessionsschule wenigstens in bestimmten Fällen gehattet wird. Das erreicht es, damit gibt es sich zufrieden. Eine solche wichtige, das ganze Kulturleben berührende Frage wäre vor 50 Jahren vor allen Dingen in ihren Grundzügen beleuchtet und nach diesen behandelt worden. Nun die Rehrseite! Es handelt sich in der preussischen Landesversammlung um die Frage, ob der Geistliche geborenes Mitglied des Schulvorstandes sein soll oder nicht. Es ist gewiß wünschenswert, daß er es ist. Aber eine Frage von weittragender Bedeutung ist das nicht, ja kaum von großer praktischer Bedeutung. Denn in großen Gemeinden mit vorwiegend andersgläubiger Bevölkerung hat der Geistliche im Schulvorstande doch keinen großen Einfluß und in katholischen Gemeinden wird er ehnein gewählt. Und nun macht das Zentrum in dieser Frage seine Mitarbeit in der Regierung davon abhängig, daß der Geistliche geborenes Mitglied des Schulvorstandes sein müsse. Ein klares Beispiel dafür, daß man auf taktische Erfolge mehr sieht, als auf den moralischen Gewinn, der im Festhalten an den Parteigrundsätzen liegt, ein Gewinn, der gewöhnlich, allerdings häufig erst nach längerer Zeit auch zum wirklichen Siege führt.“

**Saarbrücken, 8. Jan.** Bei Dundenbach sind, wie die Saarbrücker Zeitung erfährt, sehr günstige Erfunde gemacht worden. Sachverständige äußern sich, daß in der ganzen Gegend Eisenerze wellenförmig lagern. Im Frühjahr soll mit dem Abtaufen von Schächten begonnen werden. Das Bergwerksrecht für die Gegend um den Ibarwald ist an zwei Großfirmen übergegangen.

**Saarbrücken, 8. Jan.** Wie die Presse meldet, treiben hier Mädchenhändler ihr Unwesen, die hübsche junge Mädchen von der Straße weg entführen.

**Saarbrücken, 8. Jan.** Die Franzosen haben die Absicht, nach Ratifikation des Friedensschlusses im Saargebiet die Frankenwährung einzuführen.

**Der Schatz in der Weste.** Auf einem Berliner Bahnhofs beobachteten Kriminalbeamte einen ihnen bereits als Goldschmuggler bekannten Chaim Hirschfeld, der im Begriff war ins Ausland zu fahren, die Fahrkarte nicht selbst kaufte, sondern sich durch ein Mädchen, das sie für ihn löste, zusteden ließ. Die Beamten nahmen ihn fest. Es stellte sich heraus, daß Hirschfeld eine Art Schwimmweste trug, die Silbergeld von 5 Mark-Stücken bis herab zu 50-Pfennig-Stücken vermischt mit einigen Goldstücken in großer Menge enthielt und eine ganz erhebliche Last darstellte. Daß auch in Berlin selbst Gold zu ungeheuren Preisen Absatz findet, bewies die Verhaftung eines Dentisten. Dieser zahlte für ein Zwanzigmarkstück 272 Mark, weil er wußte, daß andere Zahntechniker es ihm gern mit einem großen Aufschlag wieder abnahmen.

#### Doctat Professor Lammasch †

Wien, 9. Jan. Der angesehenste österreichische Staatsrechtslehrer Doctat Prof. Dr. Heinrich Lammasch, der letzte Ministerpräsident der Monarchie, ist im Alter von 67 Jahren in Salzburg gestorben. — Prof. Lammasch war am 21. Mai 1853 in Seitenstetten geboren. Er genoss den Ruf eines der ersten Völkerrechtsjuristen der Welt. Im Oktober 1918, nach dem Erlaß des kaiserlichen Manifestes über das nationale Selbstbestimmungsrecht der Völker Oesterreichs, wurde Lammasch als Leiter des „Ordnungs- und Liquidationskabinetts“ berufen, das eine allseits befriedigende Auseinandersetzung der österreichischen Nationen herbeiführen sollte. Der Gedanke, den Zusammenhalt Oesterreichs durch Schaffung einer bundesstaatlichen Verfassung zu sichern, war indes nicht mehr zu verwirklichen, weil damals die Entwicklungstendenzen der einzelnen Völker Alt-Oesterreichs die Schranken der föderalistischen Staatsidee, deren eifrigster Verfechter Lammasch war, bereits durchbrochen hatten.

# Festhalle Frankfurt a. M. Art Oberammergauer Passionsspiele

Unter persönlicher Leitung und Mitwirkung der berühmten Christus- und Judasdarsteller Ad. und Gg. Fassnacht aus Bayern. 800 Mitwirkende. Spieltage vom 24. Januar bis 1. Februar, abends 7 Uhr. Ausserdem am 25., 28. 31. Januar und 1. Februar, nachmittags 2 Uhr und abends 7 Uhr. Nach Schluss der Nachmittagsaufführungen Anschluss der Züge nach allen Richtungen. Vorverkauf der Karten: Musikalienhandlung Apelt, Katharinenpforte 1, Tel. Hansa 3046, sowie Filialen und eine Stunde vor Beginn an der Festhallenkasse. Geschäftsstelle der Passionsspiele: Festhalle, Frankfurt a. M.

## Versteigerungs-Anzeige.

Im Anschluß an die am Dienstag stattfindende Güterversteigerung Bruns, Wüstefeld werden noch folgende der Frau des Rechtsanwalts Ignatz Beeb geb. Beith gehörige

### Grundstücke

versteigert, nämlich:

Gemarkung Rüdeshheim  
Kartenbl. 10, Parzelle 165 u. 166 Weinbergswust 2,84 und 13,67 Ar groß  
" 23, " 307/124 Weingarten Frenz 14,78 Ar groß  
" 23, " 125 Holzung Frenz 7,95 Ar.

Rüdeshheim, den 12. Januar 1920.

Der Notar: van der Geyde, Justizrat.

## Bauern-Winzerschaft Rüdeshheim.

Dienstag, den 13. Januar 1920, abends 8 Uhr

### Versammlung

bei Jakob Meuer, (Rheinstraße).

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorsitzenden und Vorstandes, sowie der einzelnen Kommissionen.
2. Besprechung über Zwecke und Ziele.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Wünsche und Anträge der Mitglieder.

Der provisorische Vorstand.

## Nationalstiftung

für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.

Fernsprecher: Amt Moabit, Nr. 9106.  
Postfach-Konto: Berlin Nr. 16498.

Berlin NW. 40, Alsenstr. 11

## Aufruf!

Der Krieg ist beendet. Unzählige Helden haben ihr Leben dem Vaterland geopfert, ihre Witwen und Waisen haben vergeblich ihrer Heimkehr geharrt und gehen mit banger Sorge einer freudlosen Zukunft entgegen. Unsere Pflicht ist es, für die Hinterbliebenen der Tapferen zu sorgen. Aufgabe des Reiches ist es zwar, hier in erster Linie zu helfen, aber diese Hilfe muß ergänzt werden durch freie Liebesgaben, als Dankopfer von der Gesamtheit unserer Volksgenossen den Helden dargebracht, die für ihr Volk, für uns Alle ihr Leben hingegeben haben.

Auch die kleinste Gabe ist willkommen!

Es werden auch Wertpapiere entgegengenommen.

Jahres- oder Monatsbeiträge erbeten.

## Nationalstiftung

für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.

Das Präsidium:

J. A.:

Hirsch  
Minister des Innern.  
Vorsitzender.

Herrmann  
Kommerzienrat,  
Direktor der Deutschen Bank.  
Schlagmeister.

## Sessel, Reiseförbe,

Waschkörbe rund, oval und eckig,

Handkörbe mit und ohne Deckel,

Grüne Körbe in verschiedenen Größen

Alle Sorten Bürstenwaren, Pfaffenstraßenbesen in schöner Auswahl empfiehlt

Philipp Becker,  
Korb- und Stuhlsechtere  
Bingen, Salzstraße 6.



## Danksagung.

Für die uns aus allen Kreisen in so überaus reichem Masse zuteil gewordene warme und wohltuende Anteilnahme bei dem Hinscheiden und bei der Beerdigung unserer lieben, braven, unvergesslichen Tochter und Schwester, sagen wir Allen unsern herzlichsten tiefempfundenen Dank.

Ganz besonders innigen Dank dem Herrn Pfarrer für die trostreichen Worte an ihrem Grabe, ferner ihren Altersgenossen und -Genossinnen und allen Denen, welche sie auf ihrem letzten Gange begleitet haben, sowie den reichlichen Kranz- und Blumenspendern.

Alle Liebe und Teilnahme, die unserem toten Kinde noch entgegengebracht wurde, möge uns Trost für unsere neuerdings wundgeschlagenen Herzen bringen.

Die tieftrauernde Familie Herrmann.

Rüdeshheim, den 12. Januar 1920.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Rüdeshheim und Umgegend zur gefl. Kenntnis, dass wir Frau Agnes Krass, in Rüdeshheim, Weberstrasse 10 I, eine

Annahmestelle für Färberei und Reinigen übertragen haben und bitten wir um geneigten Zuspruch

Lauesen & Heberlein

Färberei und Chem. Reinigungsanstalt

An der Seifenheimer Landstraße gelegener

## Garten

25 Ruten groß mit Wasserleitung ist gegen Höchstgebot zu verkaufen. Bestand über 200 Mtr. Nebenanlage, 10 Steinobstbäume, 1 großer Birnbaum, 3 Apfelpyramiden und 25 Johannisbeersträucher. Angebote nimmt Gärtner Johann Vill, Rüdeshheim entgegen.

## Gebirgsleiterwagen

in allen Größen sind zu haben bei

Josef Müller, Rüdeshheim  
Neustraße 15.

## Kellerei-Artikel:

Korken, Kapseln, Flaschen- und Siegelack, Querschleiben, Spundstapfen, Spundläppchen, Fäßbleche, Signiertische, Pinsel, Schablonen, Eifettenleim, Fäß- und Flaschenbürsten, Fäßtalg, Fäßtitt, Filtriermaterial, Seih-Brillant u. Romet-Theorit, Schwefelspahn, Kellertzerzen und Leuchter, Proben-Flaschen, Ristchen u. Hälften, Flaschenpapier, Ristenschoner, Leder- u. Gummiverbindungen, Stützen und Trichter aus Holz u. Aluminium, Kork- und Kapselmashinen, Filter, Pumpen, Gummi-Schläuche etc.

## Nau & Bollenbach

Spezialgeschäft für Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel  
Bingen a. Rh., Schmittstraße 50.

## Nächste Mütterberatungsfunde

in Rüdeshheim, findet am Dienstag, den 13. ds. Mts., um 2 Uhr nachmittags im Armenhause, Oberstraße statt.

Kaufen jedes, auch das kleinste Quantum öl- und säurefreie

Wein- und Sektflaschen  
Friedrichstraße 22  
Rüdeshheim.

## Piano

auch für Elektr. Hupfeld Patent hochf. Instrument billig zu verkaufen.  
Beilstein, Wiesbaden, Hermannstr. 17 II.

## Wingertsleute

gegen Höchstlohn u. sündigen Verdienst gesucht. Wo, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gebrauchter zweirädriger

## Handkarren

zu kaufen gesucht. Näh. Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein kräftiger

## Junge

dem Gelegentlich geboten, sich als Holz- u. Kellertüfer einzuarbeiten, gegen guten Lohn für sofort gesucht.

Leon v. Bederath,  
Weinhandlung,  
Rüdeshheim (Rhein).

Ruhige Familie sucht

## 2 Zimmer

mit Küche und Zubehör. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.